‚Chaos', ‚Kontrollverlust', ‚Überforderung'

Christian Jacob

Warum die Krise der Asylpolitik eine Krise der Berichterstattung ist

Ich werde der Frage nachgehen, warum wir uns seit Jahren in einer Dauerschleife immer restriktiverer Forderungen im Migrationsrecht befinden und wie eine solche ständige Wechselwirkung zustande kommt. Die Schlagzahl in der jüngeren Entwicklung hat erheblich zugenommen.

Im September 2023 stand im Bundestag ein 11-Punkte-Plan zum Schutz der Grenzen zur Abstimmung. Der sah stationäre Grenzkontrollen vor und Gewahrsamszentren an der Grenze. Asylsuchende sollten zur Prüfung ihrer Anträge in Drittstaaten überführt, Ausreisepflichtige in Lagern interniert, die Abschiebungshaft sollte ausgebaut werden und die Bundespolizei sollte mehr Kompetenzen zur Abschiebung bekommen. 603 Abgeordnete stimmten dagegen, der Innenausschuss hat den Plan zur Ablehnung empfohlen und der Antrag der AfD kam nicht durch.

Die Vorschläge der AfD, die damals den anderen Parteien ungeheuerlich erschienen, sind heute Mainstream. Nach dem Migrationsgipfel im November 2023 sprach Linken-Chefin Janine Wissler aus, was viele dachten: „Die Ampel macht AfD-Politik! Nach der Landtagswahl in Brandenburg habe die Ampel vor, den asylpolitischen Wettbewerb der Schäbigkeiten zu gewinnen."

Die Ampel plant die Leistungen für in Dublin-Staaten Ausreisepflichtige gänzlich zu streichen. Grenzkontrollen sind längst Realität. Bundesinnenministerin Nancy Faser hat versprochen, massive Zurückweisungen an den deutschen Grenzen durchzusetzen – mit grenznahen Schnellverfahren. Ihre Beamten arbeiten an Regelungen für europarechtskonforme Zurückweisungen.

Der Fraktionsgeschäftsführer der CDU, Torsten Frei, hat im Spätsommer 2024 bei Markus Lanz (ZDF) bekräftigt, dass seine Partei alle Migration nach Deutschland reduzieren möchte. Dabei hatte sich die CDU bis dato eigentlich immer zur geordneten Migration bekannt. Aber das ist passé.

Nur kurz nach der Beschlussfassung über das novellierte Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) hat die CDU ihr neues Grundsatzprogramm verabschiedet. Zum Thema Asyl heißt es darin: „Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Verfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Bescheids soll der sichere Drittstaat dem Antragstellenden Schutz gewähren." Es ist das Ruanda-Modell, an dessen Durchsetzung Großbritannien erst scheiterte und es dann fallen ließ. Die CDU aber hält daran fest.

Finanzminister Lindner verkündete zuletzt, es dürfte keine Denkverbote mehr in der Migrationsdebatte geben – was immer das heißen mag. Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck hat auf die Frage, ob man in der Migrationspolitik das bisher Undenkbare denken müsse, mit „ja" geantwortet. Der FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai erklärte, es gäbe keine Ampel in der Migrationspolitik. Die FDP stehe in Migrationsfragen der CDU/CSU näher als der Koalition und

Vielen Dank!

Wir bedanken uns herzlich bei allen Autor*innen, Fotograf*innen und allen anderen, deren Engagement dazu beiträgt, dass dieses Magazin regelmäßig eine breite Palette von Themen der Migration und Flüchtlingssolidarität im nördlichsten Bundesland und weit darüber hinaus behandeln kann.

Als kleiner Verein sind wir auf die Mitarbeit der zahlreichen Ehren- und Hauptamtlichen angewiesen, die ihre Zeit für das Magazin „Der Schlepper" verwenden. Daher möchten wir an dieser Stelle ausdrücklich dafür werben, sich an der Gestaltung von „Der Schlepper" zu beteiligen. Vorstellungen von besonderen Initiativen, Berichte über aktuelle Entwicklungen und Essays über spannende (Flucht-)Geschichten sind uns stets willkommen.

Die Redaktion von „Der Schlepper"
schlepper@frsh.de

Der Schlepper
Magazin für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein

sei bereit, Vorschläge der CDU/CSU eins zu eins umzusetzen. Dabei hat die grüne Außenministerin Annalena Baerbock gerade erst ihre Liebe zur Abschiebungspolitik beteuert, als sie sagte: „Aus vollem Herzen machen wir dabei natürlich mit." Effektive Rechtsumsetzung sei für die Grünen eine Selbstverständlichkeit. Sahra Wagenknecht dagegen forderte, bis für eine verschwindend kleine Minderheit für alle Ankommenden Leistungen aus dem AsylbLG auszuschließen.

Nachdem nun alle Parteien – mit Ausnahme der Linken – derart nah an die migrationspolitischen Forderungen der AfD herangerückt sind, blieb dieser nur noch zu fordern, den Vollzug massenhafter Abschiebungen in privatwirtschaftliche Hände zu legen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die anderen Parteien auch diese Forderung übernehmen.

Das alles, was bisher angekündigt wurde, hat absehbar allerdings keinen Bestand. Die Binnengrenzkontrollen sind nur ausnahmsweise und vorübergehend erlaubt. Aber davon kann schon lange keine Rede mehr sein. Zwischen 2006 und 2015 haben die EU Staaten 35 Mal temporäre Binnengrenzkontrollen eingeführt. Seit 2015 gab es 404 solcher Ausnahmen – mal für einige Wochen, mal für Monate oder auf unbestimmte Zeit. 44 Mal war es übrigens Deutschland, das die Grenzen wieder kontrollieren ließ. Die EU-Kommission verweist mit Blick auf die Schengener Verträge regelmäßig darauf, dass das kein Dauerzustand sein darf. Sowohl Politiker*innen in Grenzregionen als auch die Gewerkschaft der Polizei sind gegen solche Maßnahmen. Ob die Kontrollen tatsächlich mit mehr Zurückweisungen einher gehen könnten, ist fraglich. 2023 gab es bereits 35.000 solcher Zurückweisungen allein an deutschen Binnengrenzen

Es gibt drei verschiedene gesetzliche Grundlagen für solche Zurückweisungen. Keine aber sieht vor, Schutzsuchende an der Grenze abzuweisen – es sei denn, dass Betroffene zuvor schon als Asylsuchende abgelehnt worden sind. Die Union behauptet in Person des parlamentarischen Geschäftsführers Torsten Frei gleichwohl, es gebe keine Rechtsprechung, die gegen Zurückweisungen spreche. Doch erst im September 2023 hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass Zurückweisungen an den Binnengrenzen regelmäßig rechtswidrig sind.

Immer häufiger ist aus den Reihen der Konservativen zu hören, dass das Recht eben geändert werden müsse, wenn es der Abschottung im Weg stehe. Dahinter steckt auch der Versuch, grundlegende Normen außer Kraft zu setzen und dabei faktisch gemeinsam mit Rechtsextremen zu arbeiten. Es war der damalige österreichische FPÖ-Vorsitzende Herbert Kickl, der 2018 die aktuell wieder aufkommende Forderung einbrachte, Asylanträge nur noch außerhalb des EU-Territoriums zu bearbeiten – Ausnahmen sollten den Mitgliedsstaaten nur auf freiwilliger Basis möglich sein.

Ein Akt der Behauptung nationaler Souveränität sei dies, wird immer wieder von rechten Propagandist*innen gesagt. Davon würden die wirklich Schutzbedürftigen profitieren, meinen Konservative. Die CDU-Politiker Torsten Frei, Friedrich Merz und Jens Spahn dachten Ende 2023 genauso darüber nach wie Ex-Bundespräsident Joachim Gauck. CSU-Chef Markus Söder erklärte, er wolle das europäische Asylrecht persönlich abschaffen.

All das geschieht in einer Zeit, in der die Asylzahlen tatsächlich zurückgehen. Im ersten Halbjahr 2024 gab es 45.000 Asylanträge weniger, als im Vorjahreszeitraum – ein Rückgang um 22 Prozent. Aber voller Angst vor dem Erstarken der AfD scheint sowohl Konservativen als auch den Ampel-Parteien die Übernahme von deren Antimigrations-Parolen der einzige Weg zu sein, wieder selbst in die Offensive zu kommen. Funktioniert hat diese Strategie noch nie. Trotzdem scheint es den Parteien der geeignete Weg zu sein.

Vermeintlich angeheizt hatten diesen Schwenk vor allem drei Dinge: die ansteigenden Zustimmungswerte für die AfD, der Anschlag von Solingen und die desolaten Beliebtheitswerte der Ampel. Doch es gibt einen weiteren Grund. Und der liegt in der Berichterstattung in den Medien.

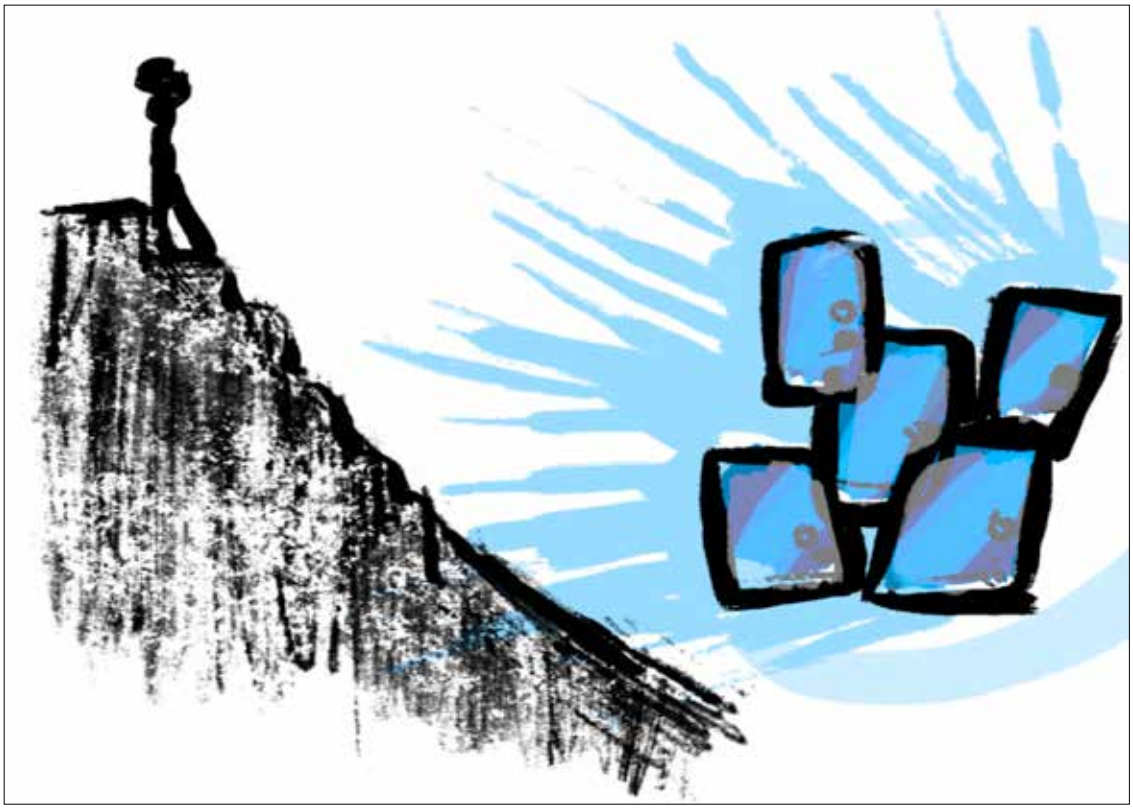
Der Kulturwissenschaftler Werner Schiffauer, der jahrzehntelang an der Europa-Universität in Frankfurt/Oder forschte, hat die Dynamik der Berichterstattung bei Migrations- und Integrationsthemen untersucht. Er hat u. a. den angeblichen Skandal um die Bremer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beobachtet.

Der Leiterin dieser Außenstelle war 2018 vorgeworfen worden, aus Gefälligkeit oder aus Korruption massenweise falsche Asylbescheide für Yezid*innen ausgestellt zu haben. Solche Ereignisse sind neuralgische Punkte für die Berichterstattung, sagt Schiffauer. Sobald eine größere Zeitung darauf anspringe, kämen andere Medien unter Zugzwang. Wir haben das auf Redaktionssitzungen beobachtet. Man kann dann nicht mehr nicht darüber berichten. Und man kann auch nicht das Gleiche berichten. Das Mindeste sei eine zusätzliche Facette. Es sei sehr verführerisch, dass diese Facette aus einer zusätzlichen Dramatisierung bestehe. Dass man einen eigenen Dreh finden will, ist aus Sicht von Schiffauer nur zu verständlich. Doch das führe regelmäßig zu einer Überbietungslogik. Hinter den einmal gesetzten Tonfall wolle kaum jemand zurückfallen. Wenn in so einer Situation jemand schreibt: Jetzt hört mal her, das könnte ja auch ganz anders gewesen sein, bekommt er den Vorwurf der Relativierung und Verharmlosung.

Im Fall der Bremer BAMF-Außenstelle meldeten Fachleute schon früh Zweifel an. Yezid*innen hätten ohnehin i. d. R. gute Aussichten auf Anerken-

nung. Dass ausgerechnet eine solche Gruppe sich massenhaft falsche Anerkennungen erkaufe, sei unplausibel. Zu lesen war davon fast nirgendwo. Der Spiegel schrieb: „1.000 Euro für das Asylverfahren – Terrorverdächtige sollen Schutzstatus erhalten haben.“ So meldete die FAZ: „BAMF-Zentrale wusste seit Jahren Bescheid.“

Später stellte sich heraus, dass die Vorwürfe vollständig unzutreffend waren. Unter tausenden nachträglich überprüften Asylbescheiden fanden sich nur 50 Unkorrekte – ein Anteil von unter dem Bundesdurchschnitt liegender Wert.



TikTok führt in den Abgrund.

Doch unter keinen Umständen wollten Journalist*innen so erscheinen, als würden sie Sachverhalte verharmlosen oder blauäugig darüber berichten, erklärt Schiffauer. Im Gegenteil: Alle wollen als zupackend gesehen werden, als jemand, der Skandale enthüllt, anstatt sie zu besänftigen. Also wird immer noch eins drauf dramatisiert.

In dieser Logik gefangen, steigerten sich Journalist*innen in etwas hinein, was Schiffauer strukturelle Hysterie nennt. Diese innerjournalistische Dynamik funktioniere allerdings nur, weil auch außerhalb der Medien mitgezogen werde.

Im Fall des Bremer BAMF hat selbst das Bundesinnenministerium umgehend von einem handfesten schlimmen Skandal gesprochen. Es verbot der Bremer Behörde, weiter Asylentscheidungen zu treffen. Die Leiterin wurde entlassen und kam vor Gericht. Schiffauer hat diesen Mechanismus in der Berichterstattung auch im Fall des Mordes an dem niederländischen Regisseur Theo van Gogh beobachtet. Der war 2004 vom islamischen Fundamentalisten Mohammed Bouyeri ermordet worden. Die deutschen Medien berichteten einige Tage erst zurückhaltend – bis zum 12. Tag nach der Tat. Da sagte der SPD-Politiker Wiefelspütz der FAZ: „Holland ist überall.“ Niemand könne sich in Sicherheit wiegen, dass solche Dinge nicht auch in Deutschland passieren. Und Wiefelspütz forderte die muslimischen Gemeinden auf, sich klar von Gewalttätern zu distanzieren.

Das gab der Diskussion eine völlig neue Dynamik. Diese Aussage wurde aufgenommen, um immer neue Politiker*innen zu befragen, sagte Schiffauer. So begann, dass sich alle überboten bei der Einschätzung der Gefahr, dass auch hier jederzeit ein Mord passieren kann. Diese Überbietungslogik musste gar nicht von den Journalist*innen selbst geleistet werden. Und trotzdem seien in dieser Situation Medien wochenlang mit einem Spin beschäftigt, bis ein typischer Erschöpfungszustand eintrete. Nichts ist beantwortet. Man kann es nicht mehr hören und die Berichterstattung lässt wieder nach. Die Angst aber, die getriggert wird, die bleibt. Ebenso der Vertrauensverlust in den Staat, wie etwa beim angeblichen BAMF-Skandal.

Von diesen Mechanismen sind dann vor allem die klassischen Medien betroffen, die einem großen gesellschaftlichen Zwang unterliegen. So erklärt Schiffauer, dass eine plurale Presselandschaft, auf die die Gesellschaft mit Recht stolz sei, teils gleichförmige Dramatisierungszüge einschlage. Es gibt keine Zensur, keinen äußeren Zwang und trotzdem schreiben sie dasselbe und haben große Schwierigkeiten mit relativierenden Gegendarstellungen. Das liegt auch daran, dass alarmistische Töne leichter Gehör finden. Sie werden schneller verbreitet als ruhige sachliche Berichte, die auf wirkliche Verbesserungen, Fortschritte oder Handlungsmöglichkeiten hinweisen.

Aufregung, Skandalisierung und Drama haben stark zugenommen, sagt der Kommunikationswissenschaftler Lutz Hagen. Dafür sei v. a. im Printmedienbereich eine finanzielle Krise mitverantwortlich. Die Zahl der Leser*innen habe sich in den letzten 25 Jahren fast halbiert. Einnahmen seien noch stärker weggebrochen, der Druck zur Beschleunigung sei gewachsen. Medien müssten Aufmerksamkeit generieren, insbesondere diejenigen, die von Werbung leben. Für sie ist das die Währung, sagt Hagen. Aber Medienmärkte und die Aufmerksamkeit in der Gesellschaft seien immer härter umkämpft. Durchsetzen könnten Medien sich am zuverlässigsten mit Nachrichtenfaktoren von Dramatisierung und Negativismus. Denn Menschen seien evolutionär so angelegt, dass sie auf diese Reize automatisch reagieren. Wer den Medien nun aber vorwerfe, Panik zu schüren, macht es sich zu leicht. Würden sie nicht auch das Schlimme bieten, würde sich herausstellen, dass sie sich selbst überflüssig machen.

Giftige Medien.

In Medienberichten ist über die Versuche, Migration abzuwehren zu lesen. Diese Versuche gehen einher mit Tod, Gewalt, Entrechtung, Isolation und Schikanierung. Wem Menschenrechte wichtig sind, der liest besonders häufig solche Berichte über deren Verletzungen, etwa an den EU-Grenzen. Die Summe dieser Texte formt sich zu einem Gesamtbild: Es kommt fast niemand mehr rein, wer es trotzdem versucht, dem ergeht es schlecht, und bleiben kann fast niemand mehr. Das aber ist nicht zutreffend.

Die Gewalt, die Gefahr und die Hindernisse auf dem Weg nach Europa und an den Grenzen sind erheblich gestiegen. Die Zahl der Asylerstanträge 2022 ist aber fast genauso hoch, wie 1991 – trotz aller Asylrechtsverschärfungen und Abschottungsmaßnahmen. Die bereinigte Gesamtschutzquote 2023 betrug 72 Prozent – ein Rekordhoch. Und die Zahl der Abschiebungen lag 2021 um ein Drittel niedriger als 2016.

Migration – das ließe sich daraus lernen – ist meist stärker als die Versuche, sie abzuwehren. Politische Kämpfe, etwa um die Anerkennung bestimmter Fluchtgründe, waren erfolgreich. Viele Menschen schätzen diese Tatsachen aber falsch ein. Die völlig richtige Berichterstattungspraxis, auf systematische Menschenrechtsvergehen hinzuweisen, hat auch zur Folge, dass jene, die sich für Menschenrechtsverletzungen interessieren, eine negativ verzerrte Wahrnehmung ausbilden. Dass Menschen die Lage also schlechter einschätzen als sie ist, liegt auch daran, dass Medien das tun, was sie sollen, nämlich auf Missstände hinweisen, und damit aber kein maßstabsgetreues Abbild der Wirklichkeit schaffen.

Die systematisch negative Verzerrung gibt es indes nicht nur bei denen, denen Menschenrechte wichtig sind. Vor einigen Jahren habe ich mich mit Kolleg*innen zu einer Recherche auf Facebook angemeldet. Die geposteten News, teils echte, teils fake, drehten sich in der Regel um Masseneinwanderung, Islamisierung und vor allem natürlich um die Straftaten von Migrant*innen. Von Messeramok war die Rede, von Versagen des Staates und von machtloser Justiz. Wer sich einen Tag dieser Hetze aussetzt, hat abends Angst vor Geflüchteten, und wer das zwei Jahre lang tut, ist reif für den Bürgerkrieg. Abweichende Meinungen existieren in diesen Foren nicht. Außer für Hass und Verschwörungen ist kein Platz. Alles, was geschieht, wird nur unter einer einzigen Prämisse wahrgenommen, ein linksgrünes Kartell aus Medien, Politik und Wirtschaft überflute Deutschland mit Migrant*innen und zerstöre damit Wohlstand, Sicherheit und Kultur.

So ist es bei allen Themen. Wer Migration ablehnt, bezieht seine Nachrichten oft aus Quellen, die genau dies erleichtern. Wer Überfremdung fürchtet, sucht nach Bestätigung dafür und findet sie nonstop online auf allen Social-Media-Kanälen.

Bis vor wenigen Jahren erfuhren Menschen vor allem das, was eine recht kleine Gruppe von Journalist*innen als berichtenswert zu bieten hatte. Sie bezogen ihr Wissen durch Quasi-Monopolist*innen der Informationsentwicklung: einige wenige Fernsehsender, einige wenige Zeitungen. Und auch wenn etablierte Medien gemeinsamen Logiken unterworfen sind und durchaus selbst Desinformation betreiben können, gab und gibt es bei ihnen Pluralismus und professionelle Regeln, die relevanzbestimmt sind. Heute aber stehen diese Medienhäuser in den sozialen Medien neben einer unendlichen Zahl gleichberechtigter Informationsanbieter. Blogger*innen, Aktivist*innen, NGOs, Unternehmen oder staatliche Stellen. Nutzer*innen können trauen, wem sie wollen, und entscheiden viel stärker selbst, was sie zu lesen angeboten bekommen. Das Maß in dem sie so ihr Bild von der Welt zerstreuen können, ist historisch vollkommen neu.

Der Kommunikationsforscher Hagen nennt die sozialen Medien deshalb eine zweite Öffentlichkeit – neben den Massenmedien. Durch diese bekämen Nutzer*innen noch weniger gefiltert. Es gäbe vor allem Meinungen und weniger Fakten als in den journalistischen Medien. Dabei gelten in den digitalen Medien die gleichen Nachrichtenfaktoren wie in den herkömmlichen. Negativismus kann zum Klicken animieren. Es geht weniger darum, was wahr ist, sondern immer mehr um das, was Aufmerksamkeit generiert. Wer eine pessimistische Einstellung habe, gerate über seine Timeline immer tiefer in einen ständigen Strom negativer Information.

Der Algorithmus erkennt, womit man sich beschäftigt, und je mehr jemand sich

mit den negativen Seiten eines bestimmten Themas beschäftigt, z. B. Migration, umso mehr bekommt man davon. „Das interessiert Sie? Hier ist noch was.“ So wird das Denken und die eigene Weltsicht algorithmengesteuert auf immer festeren Bahnen verengt. Der dahinterstehende Mechanismus ist alt. Evolutionär sind wir darauf konditioniert, auf Bedrohungen in unserer Umgebung zu achten. So erklärt sich die Logik, nach der viele soziale und journalistische Medien funktionieren. Journalist*innen fragen, wie sie Menschen packen können. Das gleiche tun Menschen, die in den sozialen Medien posten. Die Katastrophe erregt Aufmerksamkeit. Auch wenn Menschen behaupten, dass sie positive Nachrichten mögen, sind es trotzdem meist die negativen Meldungen, die sie anklicken.

Medien dramatisieren.

Das macht es Rechtsextremen leicht. Sie schüren bewusst die Angst vor Überfremdung, vor dem Aussterben der Weißen oder zumindest davor, eine Minderheit zu werden. Wenn es etwa um Muslim*innen geht, ist im Zusammenhang mit Warnungen vor einer angeblichen Landnahme von einem Geburten-Djihad die Rede, nach dem Muslim*innen und ihre Kinder in Regionen, in denen sie noch eine Minderheit bilden, beabsichtigen, eine Mehrheit zu werden, und so eine islamische oder islamistische Herrschaft durchzusetzen.

Die zum Christentum konvertierte Islam-Kritikerin Laila Mirzo nannte den Geburten-Djihad als Beleg, dass die Islamisierung Deutschlands keine Frage des ob, sondern nur eine Frage des wann sei. Politikwissenschaftler Stefan Goertz, der als Professor an der Bundespolizeihochschule angehende Bundespolizist*innen ausbildete, schrieb von einem drohenden Ethnosuizid. In europäischen Städten drohe Afrikanisierung und Islamisierung. Maninger, ein mit Rechtsextremist*innen gut vernetzter Sicherheitsexperte, fordert in einem Interview mit dem rechten Verleger Götz Kubitschek, es sei dringend an der Zeit, dass die westliche Welt die Demographie als Waffe begreife.

In dieser Angst steckt vielfach die Vorstellung vom ‚großen Austausch‘. Ein Verschwörungsglaube, den der rechtsextreme Theoretiker Renaud Camus 2011 in seinem Werk „Le Grand Remplacement“ verbreitete. Camus erwartet einen Kulturverlust aufgrund der Einwanderung. Diese Idee wurde von der rechtsextremen Identitären Bewegung aufgegriffen und verbreitet. Dem antisemitischen Gedanken, dass die angebliche Umvolkung einem Plan folgt, vertreten viele, unter ihnen auch der Ex-Verfassungsschutzchef Georg Maaßen. Im Jahre 2023 sprach er von einer grün-roten Rassenlehre, nach der Weiße als minderwertige Rasse angesehen würden und man deshalb arabische oder afrikanische Männer ins Land hole. Die Stoßrichtung der treibenden Kräfte im politisch-medialen Raum sei ein eliminatorischer Rassismus gegen Weiße, so Maaßen. Er wird gewusst haben, dass das Adjektiv eliminatorisch in Deutschland ausschließlich im Zusammenhang mit dem Antisemitismus des Nationalsozialismus verwandt wird.

Auch andere durchaus öffentlichkeitswirksame Figuren verbreiten das Narrativ von einem absichtsvoll herbeigeführten Ende der Weißen. In YouTube-Shows wird verbreitet, Weiße sollten sich nicht mehr fortpflanzen, gleichzeitig hole man aber Afrikaner herein. Wenn Weiße sich nicht mehr fortpflanzen sollen, gibt es bald keine mehr – das ist die Botschaft. Die Art und Weise, mit der dieses rassistische Phantasma vorgetragen wird, macht Anleihen bei Teilen der Klimabewegung, wofür diese nichts kann.

Ein interessantes Beispiel dafür ist die FPÖ aus Österreich. Sie präsentierte im November 2022 einen Kipppunkt-Countdown, eine Web-Seite, auf der aufgeschlüsselt nach regionalen Entwicklungen von Abschiebungsintensität sekundengenau vorgerechnet wird, wieviel Zeit bleibt, bis es in der ausgewählten Region mehr Menschen mit Migrationshintergrund als Menschen ohne Migrationshintergrund gäbe. Am 8. Februar 2022 dauerte es in Gesamtösterreich demnach noch 29 Jahre, 8 Monate, 23 Tage und 15 Stunden, 49 Minuten und 45 Sekunden. In Wien sei der Kipppunkt bereits sieben Jahre früher erreicht.

Der Begriff des Kipppunktes ist durch die Klimabewegung soweit popularisiert worden, dass er im Kontext von Migration auch gern herangezogen wird, wenn es gar nicht um den angeblichen Volkstod

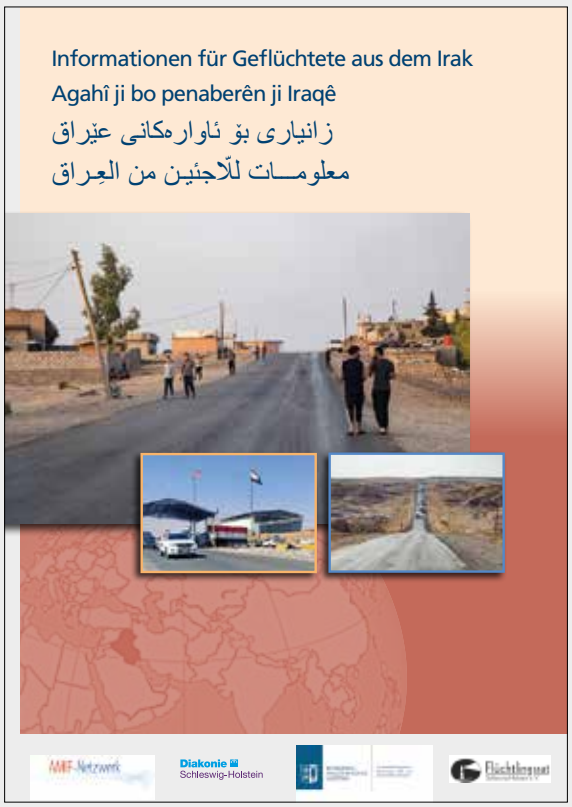
geht. In der Welt etwa schrieb 2022 der junge CDU-Politiker Frederik Paul, die wachsende Zahl von Migrant*innen bringe unsere Gesellschaft an einen Kipppunkt, einen Kipppunkt von Akzeptanz und Aufnahmekapazitäten, deren Kipppunkt in den Kommunen bereits überschritten sei. Ebenso in Interviews mit BILD der CDUler Stefan Heck: Bei einer jährlichen Zuwanderung von 400.000 Menschen nähere sich Deutschland gefährlich dem Kipppunkt. Wenn der überwiegende Teil der Bevölkerung einen Migrationshintergrund habe, würde sich unser Land erheblich verändern.

Paul und Heck sind klar im konservativen Lager verortet. Die im Klimakontext bekannt gewordene Kipppunkt-Vokabel mit ihrer inhärenten Irreversibilität legt eine Dringlichkeit des Handelns nahe, die von der extremen Rechten in die Migrationsdebatte getragen wird. So wirkt zusammen, wenn die etablierten Parteien seit Jahren immer wieder irreguläre Migration als das größere Problem für das ganze Land benennen und die Rechtsextremen dies mit ihrer Erzählung vom Untergang der Kultur, der Sicherheit, der Identität und des Wohlstands der Nation radikalisieren. Die Medien zogen mit und so sind wir heute an dem Punkt, an dem wir heute sind.

Christian Jakob ist Autor und Journalist, unter anderem für die TAZ.

Materialhinweis

Broschüre: Informationen für Geflüchtete aus dem Irak



Die Gründe, warum Menschen aus dem Irak nach Deutschland und Schleswig-Holstein kommen, sind vielfältig. Der Krieg, Besatzung und interne Machtkämpfe führten seit Dekaden zu Instabilität, Gewalt und bis heute zu fragilen Regimen im Irak. Der letzte aktuelle Lagebericht des Auswärtigen Amtes aus dem Oktober 2022 geht von zahlreichen Menschenrechtsverletzungen aus. Religiöse Minderheiten leiden faktisch unter z. T. verfolgungsintensiver Diskriminierung und der irakische Staat kann den Schutz von Minderheiten nicht landesweit sicherstellen. Fortdauernde Korruption und Gewalt durch bewaffnete Milizen können weitere mögliche Gründe für eine Entscheidung sein, das Land zu verlassen.

Darüber hinaus gab das schleswig-holsteinische Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung am 26. Februar 2024 einen Erlass heraus. In diesem wird eine Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Iraker*innen in ihr Heimatland als „grundsätzlich möglich“ beschrieben, mithin können auch Menschen abgeschoben werden, ohne dass eine Straftat oder eine Einschätzung als Gefährder*in gegeben sein müsse. Frauen, Männer und ganze Familien können betroffen sein. Auch eine Rückführung von Jesid*innen wird darin nicht ausgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund möchte diese Broschüre auf die aufenthaltsrechtlich möglicherweise prekäre Situation von geduldeten Iraker*innen aufmerksam machen, Tipps für eine zielführende Beratung geben und Perspektiven aufzeigen, wie eine Aufenthaltsverfestigung erreicht werden oder einer Abschiebung durch eine freiwillige Rückkehr vorgebeugt werden könnte.

Die Broschüre ist online auf www.frsh.de und kann als Printversion auch mehrzählig zum Weiterverteilen bestellt werden bei: fb@landtag.ltsh.de

Herausgeber*innen: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen Schleswig-Holstein und Diakonie Schleswig-Holstein

Kontakt: AMIF-Projekt Landesweite Flüchtlingshilfe /TP Identitätsklärung beim Flüchtlingsrat SH, projekt@frsh.de